

Zukunft der Pflege

Die Entwicklung der Pflegesituation und ihre Auswirkungen auf die Kommunen

Die nachhaltige Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung und ihre Auswirkungen auf Pensionssystem, Arbeitswelt und Pflege alter Menschen rücken immer stärker ins öffentliche Bewusstsein. In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie sich der demographische Wandel auf die Pflegesituation auswirken wird und was das für die Gemeinden bedeutet.

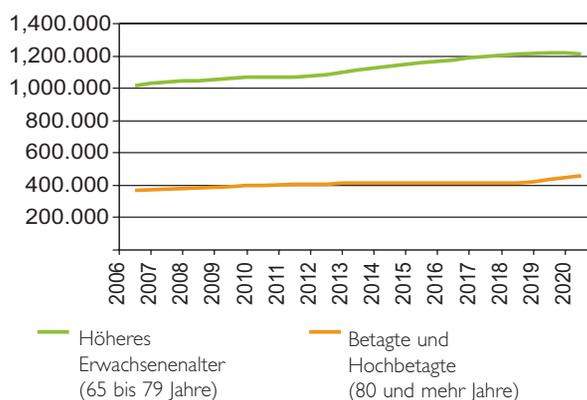
Im Jahr 2006 lebten in Österreich eine Million 65- bis 79-jährige Menschen und 366.000 Personen im Alter über 80 Jahren. Die Gruppe der 65- bis 79-jährigen wird bis 2020 um über 200.000 Personen (23%) wachsen (vgl. Bevölkerungsprognose 2006 der Statistik Austria). Diese Personen stellen aufgrund ihres Wohlstandes und ihres guten

Gesundheitszustandes eine bedeutende ökonomische Zielgruppe dar und können auch Pflege- und Betreuungsleistungen erbringen. Sie sind aber aufgrund des fortgeschrittenen Alters teilweise schon selbst pflege- oder betreuungsbedürftig. Die Altersgruppe der über 80-jährigen (Betagte und Hochbetagte)

wird bis 2020 um ca. 110.000 Personen (31%) zunehmen. Damit wird auch der Betreuungs- und Pflegebedarf ansteigen, denn ab 80 steigt die Pflegefallwahrscheinlichkeit deutlich an.

Einpersonenhaushalte, wobei diese Entwicklung vor allem auch die Altersgruppe der über 65-jährigen betrifft. Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt in dieser Altersgruppe von 405.000 im Jahre 2001 auf 530.000 im Jahre 2021. Damit steigt die Anzahl der Personen, die im höheren Alter ihren Alltag allein bewältigen müssen.

Entwicklung der Altersgruppen ab 65 Jahre (2006 bis 2020)



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2006



Regionale Entwicklungen setzen sich fort

Die Bevölkerungsentwicklung hat grosso modo zwei Entwicklungslinien: Wachstum in städtischen Ballungsräumen und entlang von Verkehrsadern und gleichzeitig die Ausdünnung von peripheren und strukturell-wirtschaftlich benachteiligten Regionen. Diese Tendenzen werden sich in Zukunft weiter verstärken. Die Zunahme der älteren Menschen ist im Vergleich dazu gegenläufig. Ein Blick auf die Regionen zeigt, dass die Zahl der Hochbetagten in Regionen und Gemeinden, wo schon in der Vergangenheit Abwanderung und Bevölkerungsrückgang festzustellen waren, deutlich schwächer zunimmt als in Wachstumsregionen.

Wandel der Haushalts- und Familienstrukturen

Parallel zum Wandel der Bevölkerungsstruktur ändern sich auch die Haushalts- und der Familienstrukturen. Die Veränderungen der Familienstrukturen werden anhand der Kinderzahlen sichtbar. Einerseits ist die Anzahl der Kinder pro Familie seit Jahren rückläufig, andererseits steigt die Zahl der lebenslang kinderlosen Personen. Im Bereich der Haushaltsstrukturen steigt die Zahl der

Das bedeutet, dass in Städten und Gemeinden mit Bevölkerungsgewinnen auch mit entsprechend steigendem Pflegebedarf gerechnet werden muss.

Deutliche regionale Unterschiede sind auch bei der Entwicklung der Einpersonenhaushalte und der Familienstrukturen zu erwarten. Die Zuwächse der Einpersonenhaushalte werden dort am stärksten sein, wo die Bevölkerungszuwächse hoch sind. Die Entwicklung der Familiengröße und der Einpersonenhaushalte ist zudem abhängig vom Gemeindetyp. Wenn man die Haushaltsgröße als Indikator für die Familiengröße nimmt, dann zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Stadt und Land. Am größten sind die Haushalte in agrarisch geprägten Gemeinden, am kleinsten in Wien. Genau umgekehrt verhält es sich mit den Einpersonenhaushalten.

Pflege in der Familie

Eine Studie des Bundesinstituts für Gesundheitswesen im Auftrag des Sozialministeriums aus dem Jahr 2005 zeigt die große Bedeutung der "kernfamilialen" Netzwerke für die Pflege: Mehr als 80% der pflegebedürftigen Menschen werden zuhause von Angehörigen, und dabei überwiegend von Frauen, gepflegt. Weiters werden 40% aller Betreuungsleistungen von Ehe- bzw. Lebenspartner/in und mehr als 25% von Kindern für die Eltern erbracht. Dabei ist Pflege in der Familie nicht unbedingt "selbstverständlich", denn nur 48% lehnen beispielsweise mobile Dienste grundsätzlich ab.

Für die Zukunft müssen wir davon ausgehen, dass das Pflegepotential in den Familien abnehmen wird. Die Gründe dafür sind vielfältig: geringere Kinder- und Geschwisterzahlen, Zunahme kinderloser Personen, höhere Frauenerwerbsquoten, Mobilität und die damit verbundenen Entfernungen zwischen Generationen, Trennungen und Scheidungen, Anhebung des Pensionseintrittsalters etc. Durch diese Veränderungen wird der Unterstützung und Förderung außerfamilialer Netzwerke große Bedeutung zukommen, denn die Zahl älterer Menschen ohne Unterstützung durch Familienangehörige wird steigen.

Herausforderungen für Gemeinden

Die Gemeinden sind unmittelbarer Lebensraum und damit die erste Ebene für Probleme mit der Lebenssituation der Menschen. Durch die absehbaren Entwicklungen werden die Herausforderungen an die Kommunen im Pflegebereich immer größer. Städte werden dabei von diesen Entwicklungen stärker betroffen sein als kleine bzw. ländliche Gemeinden.

Eine Analyse der Determinanten der Pflegebedürftigkeit (M. Schöfcker: Kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung 2005) zeigt: Die Österreicher leben länger gesund und es erreichen immer mehr Menschen ihre maximale Lebensspanne. Durch das Anwachsen der Altersgruppe der 80-Jährigen und älteren Personen wird damit der Pflegebedarf steigen. Aber die Zunahme des Pflegebedarfs kann durch Bewusstseinsbildung und daraus entstehendes gesundheitsbewusstes Verhalten um ein Drittel - im Vergleich zur Fortschreibung des Status quo - verringert werden.

Ansatzpunkte zur Abmilderung der Steigerung des Pflegebedarfs ergeben sich in der Prävention durch Gesundheitsförderung und Bewusstseinsbildung. Dabei sind die unterschiedlichen Bewusstseinslagen und Möglichkeiten der sozialen Schichten zu berücksichtigen, die beispielsweise mit Bildung und Einkommen zusammenhängen. Viele Erkrankungen im hohen Alter sind mitalternde Erkrankungen, die sich durch gesunde Lebensführung in früheren Lebensjahren ganz vermeiden lassen oder die durch frühzeitige Diagnostik und Therapie hinausgezögert und in ihrem Verlauf positiv beeinflusst werden können. Zur Prävention gehören auch körperliche und geistige Aktivitäten, durch die eine möglichst hohe Leistungsfähigkeit bis in das hohe Alter gefördert wird. In diesem Bereich ist der Lebensstil ein wesentlicher Faktor - und als lebensstilbestimmende Variable erweist sich die Bildung.

Bildung ist aber nicht nur eine Frage der formalen Schulbildung, sondern betrifft auch Bereiche, die sehr stark auf kommunaler Ebene angesiedelt sind: Erwachsenenbildung, Elternbildung und Bewusstseinsbildung durch Medien und Öffentlichkeitsarbeit. Ziel mittel- und langfristiger kommunaler Aktivitäten sollte die Entwicklung und Realisierung einer gesundheitsrelevanten Lebensweisen bei ihren Bürgerinnen und Bürgern sein, mit dem Ergebnis, dass möglichst viele Menschen im Alter länger gesund und selbstbestimmt leben können und weniger Pflege brauchen. | **Rudolf K. Schipfer**

INFO

Mag. Rudolf Karl Schipfer
Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)
Tel: +43-1-5351454-12
E-Mail: rudolf.schipfer@oif.ac.at

Familiensplitting - pro und contra

Ein temporäres Elternsplitting eignet sich besser zur Entlastung gerade junger Familien als ein Familiensplitting. Eine Analyse von Andreas Kresbach.

In der aktuellen familienpolitischen Diskussion in Deutschland geht es unter anderem auch um ein möglichst familiengerechtes Steuersystem. Dabei soll das bestehende Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting nach französischem Vorbild weiterentwickelt werden. Auch in der österreichischen Familienpolitik taucht die Forderung nach einer Familienbesteuerung immer wieder auf. Eine genauere Analyse zeigte nun aber erstmals die Nachteile des Familiensplittings.

Für die steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen gegenüber dem nicht erwerbstätigen (Ehe-)Partner ist in Deutschland seit 50 Jahren die optionale Haushaltsbesteuerung in Form des Ehegattensplittings vorgesehen (das über 90% der Ehegatten auch in Anspruch nehmen), während die steuerliche Berücksichtigung des (Ehe-)Partner-Unterhalts in Österreich schon seit 35 Jahren im Rahmen der Individualbesteuerung erfolgt. Dafür maßgeblich waren gesellschaftspolitische Gründe, insbesondere im Zusammenhang mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen, was heute im Großen und Ganzen nicht in Frage gestellt wird.

Dabei wirkt sich der progressive Steuertarif für Alleinverdiener-Haushalte freilich sehr nachteilig aus. Aus diesem Grund wäre die gemeinsame Veranlagung an sich eine durchaus sachadäquate Besteuerung einer Familie als Wirtschaftsgemeinschaft, die ja ihr zur Verfügung stehendes Einkommen für gemeinsame Bedürfnisse verwendet. Der Forderung nach einer Steuerentlastung etwa mit einem Familiensplitting folgt aber meist keine inhaltliche Auseinandersetzung. So bleibt der Eindruck im Raum stehen: nur mit einer Haushaltsbesteuerung wäre eine gerechte Behandlung von Familien möglich. Was ist an dieser Annahme wirklich dran?

Ehegatten- oder Familiensplitting

Beim Ehegattensplitting, das als Tarifsplitting gestaltet ist, werden die Einkünfte der Ehegatten zusammengerechnet, durch zwei geteilt und die mit dem Steuertarif errechnete Steuer dann verdoppelt. Dies führt dann zu einer steuerlichen Minderbelastung gegenüber der Individualveranlagung, wenn die steuerpflichtigen Einkünfte der



Andreas Kresbach ist in der Abteilung für Familienbesteuerung im Familienministerium tätig.

Ehepartner unterschiedlich hoch sind, das heißt, je höher der Einkommensunterschied, desto größer die Entlastung. Die meiste Wirkung entsteht aufgrund der Progression beim Spitzensteuersatz - also bei höheren Einkommen und wenn der Ehepartner (fast) kein Einkommen hat. Damit wirkt sich die gemeinsame Besteuerung insofern auf eine vollzeitige Erwerbstätigkeit des Ehepartners mit dem geringeren Einkommen (in der Regel die Ehefrau) aus, als sich dessen Berufstätigkeit in vielen Fällen aufgrund des Splittingvorteils "nicht lohnt". Gleichzeitig werden beim Ehegattensplitting aber nicht die Kinder berücksichtigt - dies erfolgt mit einem Kinderfreibetrag (bei höheren Einkommen) beziehungsweise dem Kindergeld. Außerdem kommt der Splittingvorteil natürlich auch kinderlosen Ehepaaren zugute. Aus diesen Gründen hat in Deutschland vor dem Hintergrund des Geburtendefizits eine Diskussion in Richtung des Familiensplittings eingesetzt.

Eine vergleichende Untersuchung des deutschen und französischen Besteuerungssystems hat aber jüngst gezeigt, dass der Vorteil des Familiensplittings sich erst für Familien mit drei und mehr Kindern (schon ab einem Einkommen von € 15.000 jährlich) einstellt, während Familien mit ein oder zwei Kindern und Alleinerziehende nur bei hohem Einkommen (ab € 35.000 jährlich) profitieren. Damit weisen kleinere Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen, also der überwiegende Teil der Familien in Deutschland eine geringere Steuerbelastung auf als Familien in Frankreich. Insofern dürfte die auch hierzulande populäre Annahme, von einem Familiensplitting nach französischer Art würden alle Familien profitieren, weitgehend entkräftet sein.

Familiendarifsplitting

Ein Familiendarifsplitting, bei dem die Kinder mitberücksichtigt sind, gibt es derzeit nur in Frankreich. Dabei sieht das französische System, das sich als explizit mehrkinderorientiert versteht, ab dem dritten Kind eine doppelt so hohe Gewichtung vor (Faktor 1 wie für beide Eltern, für die ersten beiden Kinder 0,5; Alleinerziehende haben zusätzlich 0,5). Obwohl das Familiensplitting seiner Natur nach mit der Anzahl der Familienmitglieder die Steuerprogression abmildert und damit höhere Einkommen stärker entlastet, ist der Splittingeffekt seiner Höhe nach begrenzt.

Elternsplitting für die Karenzzeit

In Österreich erfolgt die steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltskosten für Kinder durch den Kinderabsetzbetrag, der einkommensunabhängig gemeinsam mit der Familienbeihilfe (bei der Alter und Anzahl der Kinder berücksichtigt werden) bar ausbezahlt wird. Die steuerliche Berücksichtigung des Unterhalts für den nicht erwerbstätigen (Ehe-)Partner erfolgt durch den Alleinverdiener-Absetzbetrag von € 364 jährlich und ist trotz der 2004 eingeführten, nach der Kinderzahl gestaffelten Zuschläge von € 130, € 175 und € 220 jährlich sicherlich unzureichend. So beträgt im System der Individualbesteuerung die jährliche Steuerbelastung für Alleinverdiener mitunter bis zu einem Monatseinkommen mehr als für Doppelverdiener mit insgesamt demselben Einkommen.

Die Einführung eines Familiensplittings würde Folgendes bedeuten: Anstelle des derzeit für alle gleich hohen Kinderabsetzbetrages, der auch an gar nicht steuerpflichtige Eltern ausgezahlt wird, würde eine nach dem jeweiligen Einkommen des steuerpflichtigen Elternteils beziehungsweise beider Eltern differenzierte Steuerentlastung treten. Da beim Familiensplitting grundsätzlich das zu versteuernde Einkommen aufgeteilt wird beziehungsweise beim Familienrealsplitting die Unterhaltsleistungen das steuerpflichtige Einkommen reduzieren, würde eine solche Veranlagung auch bei der Berücksichtigung eines für alle Kinder beziehungsweise für alle (Ehe-)Partner gleichen Unterhaltsbedarfs je nach Einkommen unterschiedliche Entlastungseffekte zeitigen. Gleichzeitig müsste für den unteren Einkommensbereich und für nicht steuerpflichtige Eltern eine Familientransferleistung vorgesehen werden, was wiederum zu einer unterschiedlichen Entlastung führen würde.

Familienrealsplitting

Neben dem französischen Familiendarifsplitting sind aber auch Modelle eines Familienrealsplittings denkbar: Diese Form der gemeinsamen Veranlagung berücksichtigt die Eltern-Kind-Beziehung als Unterhaltsgemeinschaft, weshalb das Einkommen nicht nach einem bestimmten Divisor, sondern nach Maßgabe der zivilrechtlichen Unterhaltspflichten auf die Familienmitglieder verteilt und dort besteuert wird. Dabei müsste freilich geklärt werden, in welcher Höhe der Unterhalt für die Kinder bzw. den nicht erwerbstätigen Ehepartner zu berücksichtigen ist: als pauschalierter Durchschnittsbetrag oder als einkommensabhängiger und damit individuell unterschiedlicher Anspruch. Familien und Alleinerziehende würden von einem Familienrealsplitting im Vergleich zum Ehegattensplitting, aber auch gegenüber einem Familiendarifsplitting (französisches Modell) jedenfalls profitieren. Ein solches Familienrealsplitting wurde in Deutschland von der Kommission Steuergesetzbuch vorgeschlagen.

Obwohl man die einkommensabhängige Entlastung mit der Steuerprogression und der auch tatsächlich unterschiedlichen Steuerbelastung rechtfertigen kann, würde ein Familiensplitting damit eine gewisse Unüberschaubarkeit nach sich ziehen und jedenfalls ein Abgehen von der in Österreich geltenden Maxime "jedes Kind ist gleich viel wert", das heißt eine absolut gleich hohe Steuerentlastung für alle Eltern bedeuten und wäre politisch deshalb wohl nicht realisierbar. Der spezifisch österreichische Lastenausgleich mit der gleichzeitigen Förderung von Eltern mit durchschnittlichen bis niedrigen Einkommen ist bei aller systematischen Anfechtbarkeit familienpolitisch durchaus wünschenswert. Außerdem könnte die mit einem Familiensplitting verbundene stärkere Berücksichtigung mehrerer Kinder auch durch die Erhöhung des Kinderabsetzbetrages etwa ab dem dritten Kind erreicht werden.

Die erforderliche Entlastung der Alleinverdiener-Haushalte erklärt sich aber vor allem aus dem Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Wertschätzung der elterlichen Betreuung, die sich im Kinderbetreuungsgeld ausdrückt, und der damit verbundenen steuerlichen Benachteiligung. Denn obwohl der Großteil der Frauen auch mit Kindern eine Berufstätigkeit anstrebt, nehmen die meisten Eltern die Betreuung ihrer Kinder für die Zeit der bezahlten Karenz selbst wahr. Doch der Verzicht eines Elternteils auf eigenes Erwerbseinkommen

stellt eine finanzielle Belastung dar, die mit dem Kinderbetreuungsgeld bei weitem nicht ausgeglichen werden kann. Dabei ist die Eigenbetreuung von Kindern eben nicht nur eine Entscheidung privater Lebensgestaltung, wie es der Verfassungsgerichtshof zum (Ehe-)Partner-Unterhalt ausgesprochen hat. Daraus ergibt sich, dass zumindest für die Zeit der Eigenbetreuung der Kinder - wobei diese mit mehreren Kindern länger sein kann - eine angemessene steuerliche Entlastung in Form eines Elternsplittings etwa bis zum Volksschulalter des jüngsten Kindes erfolgen könnte, wenn also erwerbstätige Mütter spätestens wieder in den Beruf einsteigen. Mit der Beschränkung des Steuersplitting-Vorteils auf die Zeit der eigenen Kinderbetreuung bzw. des Einkommensausfalls würden nicht nur negative Anreize für die

Erwerbstätigkeit von Frauen ausgeschlossen werden, sondern wäre diese steuerliche Entlastung von jungen Familien vor allem sozial sehr treffsicher und auch von der Kostenseite her überschaubar. |

Andreas Kresbach

INFO

Dr. Andreas Kresbach
Abteilung für Familienbesteuerung im Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend
E-Mail: andreas.kresbach@bmgfj.gv.at

Eine Frage der Herkunft

Über Zustandekommen und Bedeutung interethnischer Kontakte der zweiten Ausländergeneration in Österreich

Die Integration von Zuwanderern gilt dann als Erfolg, wenn die zweite Generation der MigrantInnen einen sozialen Aufstieg geschafft hat. Dieses Ziel der Besserstellung zumindest der Nachkommen wurde aus Sicht der Betroffenen selbst nicht erreicht; aus gesellschaftlicher Perspektive entsteht dadurch ein fruchtbarer Boden für Aggression und soziale Spannungen - einzelne terroristische Gewaltakte und die Unruhen in den Pariser Vorstädten verdeutlichen die Relevanz dieses Themas. Die sozialen Kontakte als ein wichtiger Aspekt von Integration sind ein Themenbereich einer umfassenden Studie über Lebensverhältnisse, Wertorientierungen und soziale Identitäten der zweiten Ausländergeneration in Österreich. Hilde Weiss und Robert Strodl vom Institut für Soziologie an der Universität Wien haben dafür in erster Linie die freundschaftlichen Kontakte untersucht.

Das soziale Netzwerk ist neben Bildung und Beruf ein wesentlicher Gesichtspunkt für Integration. Die Schaffung eines ethnisch übergreifenden Netzwerkes ist ein Zeichen für sozialen Erfolg und Aufstieg. Welche freundschaftlichen Kontakte haben junge MigrantInnen und wie kommen sie zustande? Jugendliche der zweiten Generation von Zuwanderern schließen vor allem in der eigenen Herkunftsgruppe Freundschaften, zeigt die Auswertung von Hilde Weiß und Robert Strodl vom Institut für Soziologie der Universität Wien. Gut die Hälfte der 1.000 Befragten im Alter von 16 bis 26 Jahren haben keine freundschaftlichen Beziehungen zu einheimischen Jugendlichen, unter türkischstämmigen Jugendlichen ist dies noch häufiger der Fall. Entgegen oft vertretener Annahmen in der Literatur haben ein höheres Bildungsniveau wie auch die Berufsposition keinen effektiven Einfluss auf das Kontaktverhalten der Jugendlichen. Die stärksten Faktoren für eigenethnische Freundschaftskontakte, also innerhalb der eigenen Herkunftsgruppe, sind das Alter, die Wohnumgebung und Schule sowie die nationale Herkunft. Es zeigt sich, dass die Orientierung an der eigenen eth-

nischen Gruppe mit dem Alter zunimmt. Bei Jugendlichen türkischer Abstammung ist das Alter neben der nationalen Herkunft der einzige Faktor, der hier zum Tragen kommt, wird aus der Studie ersichtlich. In der späteren Lebenszyklusphase nimmt der Einfluss der Familie wieder zu, zum Beispiel durch Familiengründung. Dies ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen beobachtbar.



"Leben in zwei Welten" für viele der zweiten Generation.

"Als zweite Generation werden generell die Nachkommen von EinwanderInnen bezeichnet; sie sind entweder bereits im Land geboren oder, meist im Zuge der Familienzusammenführung, nachgekommen. Sind die Kinder vor dem schulpflichtigen Alter eingewandert, dann werden sie, so wie die schon hier geborenen, zur zweiten Generation gezählt." Weiss und Strodl

Die Region und die Wohnumgebung wirken sich nur auf Jugendliche anderer Herkunftsländer als der Türkei aus. In den Städten zeigt sich eine größere Homogenität der Kontakte: 56% der Jugendlichen aus Ex-Jugoslawien haben in Wien keine Freundschaften zu österreichischen Jugendlichen, in den Bundesländern sind es 39%. Für türkischstämmige Heranwachsende hat die Region keine Bedeutung für die Ausprägung der freundschaftlichen Kontakte. Ebenso gering ist in dieser Gruppe der Einfluss des Ausländeranteils in der Wohnumgebung. Dies alles deutet darauf hin, dass die zweite Generation türkischer Abstammung eine bewusste Wahl der Freundschaften nach Herkunft trifft. Was die Bildung angeht, treten in der Stadt stärkere ethnische Konzentrationen in Schulen und Wohnvierteln auf, am Land eher ethnisch gemischte Schulklassen. In Studium und Berufsleben wirkt sich das Lebensumfeld kaum mehr aus.

Die Ergebnisse lassen erkennen, dass die Hintergründe für das Zustandekommen von Freundschaften sehr komplex sind. Zusammenfassend halten Weiss und Strodl fest, dass sich der Ausländeranteil in Wohnumgebung und Schule nur bei Jugendlichen nicht-türkischer Herkunft auswirken. Bei türkischstämmigen Jugendlichen führen die Kontrolle und die Erwartungen der Eltern dazu, dass Freundschaften nur mit Jugendlichen gleicher Herkunft geschlossen werden - unabhängig von den Gelegenheitsräumen der Umwelt. Mit zunehmendem Alter verstärkt sich diese Tendenz. Zwischen den Geschlechtern ist in diesem Zusammenhang kein Unterschied erkennbar; wobei die AutorInnen anmerken, dass Freizeitstile und Aktivitäten nicht erhoben wurden. Aus der Literatur ist aber bekannt, dass Mädchen mit türkischem Hintergrund weniger Zeit im öffentlichen Raum (z. B. Cafés, Partys, Diskotheken) verbringen. Eine Ausnahme stellt die Frage der Partnerwahl dar, bei der die elterliche Kontrolle bei Töchtern stärker ausfällt.

Ein weiterer Grund für Isolation beziehungsweise Einschränkung auf ethnische Kontakte innerhalb der eigenen Herkunftsgruppe ist ein stark ethnisch orientiertes Elternhaus. Auch ähnliche Lebenserfahrungen und Problemlagen sind gute Gründe, um den Kontakt eher in den eigenen Reihen zu suchen, so ein weiteres Ergebnis der Studie. Soziale Barrieren, wie Ablehnung oder Herabsetzung von Seiten der Einheimischen, können die Kontaktaufnahme verhindern. Tatsächlich erfahrene Diskriminierungen aufgrund der Herkunft sind selten der Fall, diese werden stärker vermutet als sie tatsächlich passieren.

Weiß und Strodl bescheinigen den Jugendlichen zweiter Generation generell eine hohe Integra-



Zur Studie

Im Buch werden die Ergebnisse eines zweijährigen Forschungsprojektes zur sozialen Integration der zweiten Ausländergeneration am Institut für Soziologie der Universität Wien dargestellt. Folgende Themen werden behandelt:

Positionen in Bildung und Beruf, sozialer Auf- oder Abstieg im Generationenvergleich, Freundschaftsbeziehungen und Milieus, Werte, ethnische Orientierungen und religiöse Bindung, Zugehörigkeitsgefühle und soziale Identitäten.

Stichprobe:

Jugendliche zweiter Generation: n = 1000
 Österreichische Kontrollgruppe: n = 403
 16 bis 26 Jahre, männlich 50%, weiblich 50%
 Herkunft: Türkei 46%, Ex-Jugoslawien 36%, Osteuropa und außereuropäische Länder 18%
 Die Hälfte der Befragten lebt in Wien, die andere Hälfte in den Bundesländern Salzburg, Tirol, Vorarlberg.

Die Befragung wurde Ende 2004 und Anfang 2005 mittels face to face Interviews durchgeführt.

tionsbereitschaft. "Die Akzeptanz der Erwartung an AusländerInnen, von sich aus die Sprache zu lernen und Kontakte zu Einheimischen aufzunehmen, ist bei allen Jugendlichen der zweiten Generation als sehr hoch einzuschätzen. Assimilationsforderungen, wie religiöse Anpassung und interethnische Heirat, werden dagegen von allen Herkunftsgruppen weitgehend abgelehnt."

Bei den meisten Jugendlichen vermischen sich Elemente aus der Herkunftskultur mit jenen der konkreten Lebensumwelt. Eine ethnische Bindung ist bei der zweiten Generation deutlich geringer als bei den Eltern. So sind auch keine Zeichen einer Re-Ethnisierung erkennbar. | **Christina Luef**

INFO Hilde Weiss und Robert Strodl: Soziale Kontakte und Milieus - ethnische Abschottung oder Öffnung? Zur Sozialintegration der zweiten Generation. In: Hilde Weiss (Hrsg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden: Studienverlag für Sozialwissenschaften 2007. S. 97-129. ISBN 978-3-531-15438-1

Kinderbetreuungskulturen in Europa

In dieser Studie stehen die unterschiedlichen Kinderbetreuungskulturen für Kinder unter 6 Jahren in vier Ländern im Fokus der Analyse. Dabei werden der familienpolitische Hintergrund, die entsprechenden Wertehaltungen und Kinderbetreuungsquoten miteinbezogen. Zudem sind die entsprechenden öffentlichen Ausgaben, die strukturellen Rahmenbedingungen selbst und die öffentlichen Förderungen hinsichtlich außerfamiliärer Kinderbetreuung im vorschulischen Bereich im Fokus der Analyse. Die ausgewählten Länder bilden unterschiedliche Typen familienpolitischer Ausrichtungen ab. Neben Österreich wurden Deutschland, Frankreich und Schweden ausgewählt.

LITERATUR:

Sonja Dörfler: *Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Frankreich und Schweden.* ÖIF Working Paper Nr. 57 | 2007
Download unter: <http://www.oif.ac.at>

Herausforderungen des demographischen Wandels

Die demographische Entwicklung ist ein Thema, das in Politik, Medien und Wissenschaft laufend und kontroversiell diskutiert wird. Dieses Buch, verfasst von Experten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, stellt den demographischen Wandel, ausgehend von der Situation in Deutschland, in einen globalen Zusammenhang. Grundfragen des demographischen Wandels werden ausführlich und gut nachvollziehbar dargestellt und mit internationalen Vergleichen unterlegt. Damit werden Ursachen und Auswirkungen der demographischen Entwicklung gezeigt, wie sie in verschiedenen Staaten zu beobachten sind. Der größte Teil des Buches ist den konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung gewidmet. Dabei werden die umfangreichen Herausforderungen skizziert, die auf die Familien, die Gesellschaft, das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, den Arbeitsmarkt sowie die Wirtschafts- und Regionalpolitik zukommen.

LITERATUR:

Wolfgang Walla, Bernd Eggen, Heike Lipinski: *Der demographische Wandel. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft.* Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 2006. ISBN 3-17-019023-7

Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand

Der heute spürbare demographische Wandel ist von den Demographen schon vor Jahren prognostiziert worden. Die Bevölkerungswissenschaft ist wissenschaftlich erfolgreich, praktisch jedoch folgenlos geblieben, und die Forschung über die Dimensionen der Demographiefolgen und ihrer Abschätzung steht, abgesehen von den Sozialwissenschaften, noch am Anfang. Die Folgen und Paradoxien einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft sind in vielen Bereichen noch unerforscht und unentdeckt. Die Autoren des Sammelbandes stellen deshalb weniger beachtete Themenstellungen der Demographiefolgenforschung ins Zentrum ihrer Ausführungen. Die Beiträge beschäftigen sich beispielsweise mit sich verschärfenden Unterscheidungen zwischen Alt und Jung, mit betriebswirtschaftlichen Konsequenzen des demographischen Wandels, mit dem Zusammenhang von Demographie und Massenmedien, mit den Auswirkungen unterschiedlicher Altersstrukturen auf das internationale Management, mit der Verkehrsinfrastruktur in einer alternden Gesellschaft und mit dem Verhältnis von Kunst und Altern.

LITERATUR:

Stephan A. Jansen, Birger P. Priddat, Nico Stehr (Hrsg.): *Demographie. Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand - Multidisziplinäre Perspektiven zur Demographiefolgenforschung.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005. ISBN 3-531-14780-3

S · E · R · V · I · C · E

BUCH

Die Sucht aus eigener Kraft überwinden

Die Publikation "Selbsteilung von der Sucht" betrachtet das so genannte Selbsteilungsphänomen im Suchtbereich aus psychologischer und soziologischer Sicht. Den Ausgangspunkt der Ausführungen bildet die Tatsache, dass Therapieangebote viele Suchtkranke nicht erreichen beziehungsweise von diesen oftmals nicht angenommen werden. Neben theoretischen Informationen enthält das Buch auch einen umfangreichen "Werkzeugkasten" mit Hinweisen zu praktischen Hilfemöglichkeiten.

LITERATUR:

Harald Klingemann, Linda Carter Sobell (Hrsg.): **Selbsteilung von der Sucht**. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006. ISBN 3-531-14862-1

BUCH

Kinderrechte: Welche Möglichkeiten haben Kinder?

In dieser Abhandlung werden Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei Obsorge-, Pflege- und Erziehungsentscheidungen untersucht. Den Mittelpunkt der Darstellung bildet die Frage der Einwilligungsfähigkeit Kinder und Jugendlicher in ärztliche Heilbehandlungen, in kosmetische Operationen bzw. in einen Schwangerschaftsabbruch. Außerdem wird der Frage nachgegangen, inwieweit Kinder und Jugendliche ihren Beruf bzw. ihre Ausbildung selbstständig wählen können beziehungsweise inwieweit ihre Eltern eine Finanzierungsobliegenheit trifft. Zuletzt werden Selbstvertretungsrechte des Minderjährigen in Pflegschaftsverfahren behandelt und Schwierigkeiten der Praxis bei der Feststellung des Kindeswillens diskutiert.

LITERATUR:

Andrea Haberl: **Kinderrechte – eine zivilrechtliche Analyse**. Wien: Neuer Wissenschaftlicher Verlag 2007. ISBN 978-3-7083-0442-7

TERMIN

Philosophieren mit Kindern**Kongress "Philosophie - Globalisierung und interkulturelles Verstehen"**

Philosophieren mit Kindern ist ein holistisch dynamischer Ansatz, der die personale Integration der menschlichen Existenz durch kognitive, emotionale und soziale Kommunikation fördert. Für die Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Kinderphilosophie werden ausgewiesene Persönlichkeiten und ExpertInnen eingeladen, um neue Einsichten sowohl für multikulturelle Orientierung als auch für programmatisch funktionierende pädagogische Zielsetzungen gewinnen zu können. Die Themen des Kongresses umfassen unter anderem folgende Bereiche: Wertetransfer und Kooperationen - Transkulturalität und Transdisziplinarität - Interkulturelle Kommunikation und globales Denken - Kognition und Emotion - Kultur und Erziehung - Citizenship und Demokratie - Lebenslanges Lernen.

DATUM:

18. bis 21. Oktober 2007

ORT:

Karl-Franzens-Universität Graz, Meerscheinschlößl, Mozartgasse 3, A-8010 Graz

VERANSTALTER:

Österreichische Gesellschaft für Kinderphilosophie

Schmiedgasse 12, A-8010 Graz

E-Mail: kinderphilosophie@aon.at

Tel. / Fax: +43-316-811513

Info: <http://www.kinderphilosophie.at>

IMPRESSUM

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung der Universität Wien | 1010 Wien | Gonzagagasse 19/8 | www.oif.ac.at

Hrsg: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal

Chefredaktion: Mag. Christina Luef | Freier Mitarbeiter: Martin Gradl

Fotos: Christine Geserick M.A. (S. 1), Dr. Andreas Kresbach (S. 3), Mag.

Michael Kinn (S. 5), VS Verlag (S. 6)

KONTAKT: christina.luef@oif.ac.at | Tel: +43-1-5351454-21

DVR: 0065528

Österreichische Post AG / Sponsoring, Post Verlagspostamt: 1010 Wien

Zulassungsnummer: 02Z0318205

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums

für Gesundheit, Familie und Jugend über die

Beruf & Familie Management GmbH